

von rund 3 Millionen Franken für die Ausarbeitung dieser Grundlagen zu Lasten des Bundes zu bewilligen. Er beauftragte das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement, mit den interessierten Kantoren die Finanzierungsmöglichkeiten zu prüfen.

Die betroffenen Kantone wurden im März 1983 orientiert. Die in Aussicht genommene Besprechung wird in nächster Zeit stattfinden. Hierauf kann über das weitere Vorgehen befunden werden.

4. Mit der Botschaft vom 20. Dezember 1982 schlägt der Bundesrat eine Teilrevision der Bundesverfassung für eine koordinierte Verkehrspolitik vor. Grundlage bildet der Schlussbericht der Eidgenössischen Kommission für die schweizerische Gesamtverkehrskonzeption. Darin wird in der Schlussvariante 2 unter bestimmten Voraussetzungen der Ausbau der Rheinwasserstrasse bis in den Raum Klingnau vorgeschlagen. Der Bundesrat übernimmt in seiner Botschaft die Anträge für eine gesamtheitliche Verkehrsplanung und Verkehrspolitik, welche die bedürfnisgerechte Fortentwicklung aller Verkehrsträger, also auch der Binnenschifffahrt, einschliessen. Bei grösseren Infrastrukturveränderungen sind Zweckmässigkeitsprüfungen durchzuführen, um ihre Auswirkungen in ihrer Gesamtheit einer eingehenden Analyse zu unterziehen.

Präsident: Der Interpellant erklärt sich von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt und beantragt Diskussion.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag auf Diskussion offensichtliche Mehrheit

Diskussion verschoben – Discussion revoyée

Bircher: Ich möchte einmal mehr den Finger auf die Tatsache legen, dass wir jetzt zu fast 40 parlamentarischen Vorstössen Diskussion beschlossen haben und dass diese Diskussionen nie stattfinden. Wir haben an der Spitze der heutigen Traktandenliste sogar eine Petition, die älter als ein Jahr ist, wiederum verschoben. Die Petenten warten aber ungeduldig auf eine Antwort. Der Bundesrat kriegt nicht einmal unsere Meinung zu dieser Petition zu hören, die ein Nationalstrassenstück der N3 betrifft. Ein Drittel des Kantons Aargau wird davon betroffen, und die Bevölkerung macht sich echte Sorgen über die Auswirkungen dieser Nationalstrasse.

Ich bitte Sie, ich bitte das Büro, ich bitte den neuen Präsidenten, uns einen neuen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, wie wir diesen unwürdigen Zustand in Zukunft beseitigen können. Wir sind nämlich zu einem Verwaltungsparlament geworden, das nur noch Vorlagen behandelt, die uns vom Bundesrat, von der Exekutive, unterbreitet werden. Wir sind nicht mehr in der Lage, hier Initiativen und Anregungen, die aus unserer Mitte kommen, zu behandeln. Auch die gestrige Diskussion zum Waldsterben hat das gezeigt. Wir sind nicht in der Lage, von uns aus minimale Massnahmen zu beschliessen, geschweige denn Zukunftslösungen aufzuzeigen.

Ich bitte das Büro, sich einmal in einer Klausurtagung mit diesem Problem zu befassen und uns entsprechende Lösungsvorschläge zu unterbreiten. So geht das einfach nicht mehr weiter.

83.221

Parlamentarische Initiative
Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Änderung
Initiative parlementaire
Loi fédérale sur les prestations complémentaires à l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité

Siehe Seite 1107 hiervor – Voir page 1107 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 7. Oktober 1983

Décision du Conseil des Etats du 7 octobre 1983

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

172 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

79.072

Umweltschutzgesetz
Protection de l'environnement. Loi

Siehe Seite 1333 hiervor – Voir page 1333 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 29. September 1983

Décision du Conseil des Etats du 29 septembre 1983

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

170 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

81.076

Forschungsgesetz – Loi sur la recherche

Siehe Seite 1396 hiervor – Voir page 1396 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 4. Oktober 1983

Décision du Conseil des Etats du 4 octobre 1983

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Gesetzentwurfes

174 Stimmen
(Einstimmigkeit)

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

82.074

Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative
Protection de la maternité. Initiative populaire

Siehe Seite 457 hiervor – Voir page 457 ci-devant

Beschluss des Ständerates vom 26. September 1983

Décision du Conseil des Etats du 26 septembre 1983

Schlussabstimmung – Vote final

Für Annahme des Beschlusentwurfes
• Dagegen

118 Stimmen
44 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

Forschungsgesetz

Loi sur la recherche

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	81.076
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1554-1554
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 891

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.